

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgen- und Abendsgabe und Freitag als Abendgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bote“.

Die abgehaltene Kompartikelle oder deren Raum kostet 18.— Mk., einschließlich Unterhaltungsbeilagen. Klein-Anzeigen: Das letzte Heft kostet 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Unterhaltungsbeilagen. Anzeigen im Innern: Das letzte Heft kostet 12.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Verlagspreis Zentrum 152 90—152 99

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Finanzkonferenz auf dem toten Gleis

Poincarés Buhlen um Amerika

Paris, 5. Juni.

Am Freitagmorgen überbrachte der amerikanische Botschafter Herrick im Auftrage des Kongresses der Stadt Verdun die amerikanische Kriegsmedaille. Bei der Ueberreichung hielt er eine Rede, in der er auf die Freundschaft zwischen Frankreich und Amerika hinwies. Ministerpräsident Poincaré, der zugegen war, hielt die Gelegenheit für günstig, um seinerseits die Zustimmung gegen Frankreich zu zerstreuen. In einer Rede sagte er: Der gute Sinn des amerikanischen Volkes werde bald die „Reagende vom französischen Imperialismus“ beseitigen. Angesichts der Gefahren, denen Frankreich heute ausgesetzt gewesen sei, und nach den erduldeten Leiden müsse jedermann von gutem Glauben verstehen, daß die für die Reparationen festgesetzten Summen nicht mehr herabgesetzt werden könnten. Wenn der gerechte Schadenersatz, der versprochen worden sei, nicht bezahlt werde, dann müßten sich die Männer guten Glaubens davon Rechenschaft ablegen, daß Frankreich gezwungen sei, eine Nacht zu unterhalten, um sie in den Dienst seiner Forderungen zu stellen. Frankreich habe sein Heer nicht deshalb aufrecht, um Paradezwecken zu dienen oder Ruhm zu suchen. Man hätte das Recht, Frankreich streng zu beurteilen, wenn es ungerechte Forderungen unterstützen würde, wenn es andere Nationen unterdrücken wolle und wenn es sich allen friedlichen Abkommen widersetzen würde. Derartige Absichten habe Frankreich nie gehabt. Es habe gegenüber Deutschland den Beweis außerordentlicher Mäßigkeit gegeben.

Bis jetzt hätten die Franzosen schon 24 Milliarden Franken für den Wiederaufbau der verminten Gebiete bezahlt. Die zerstörten Dörfer in der Gegend von Verdun könnten nicht wieder aufgebaut werden, die Felder seien zur Unfruchtbarkeit verdammt. Die Bevölkerung aber zeige sich ebenbürtig im Frieden wie während des Krieges, sie habe also ein Recht, das zu verlangen, was Deutschland ihr versprochen habe. Die besiegten Völker dürften nicht ungestraft derartige Verpflichtungen verhehen. Wenn der Friede Deutschland gehalten würde, sich auf Kosten Frankreichs zu bereichern, dann würde die Sache, die die Vereinigten Staaten und Frankreich zusammen verfolgten hätten, eine Niederlage erleiden, und das wäre für Frankreich der Ruin und eine Erniedrigung.

Um die Haager Konferenz

London, 6. Juni

„Daily Telegraph“ in das Memorandum Poincarés über die bevorstehende Haager Konferenz an Lord George nach Eriechth überfandt worden. Das Memorandum könne keineswegs „ein Ultimatum“ genannt werden. Es enthalte keine direkte Drohung einer Nichtbeteiligung Frankreichs. Das Dokument sei dazu bestimmt, vor allem anderen festzustellen, wie viele der nach dem Haag eingeladenen Alliierten und Neutralen sich Frankreich bei seinem Festhalten an den von Poincaré vorgeschlagenen Bedingungen angeschlossen würden. Man sei jedoch der Meinung, daß wenn dies die Absicht Poincarés sei, er eine Enttäuschung erleben werde, da es zweifelhaft sei, ob mehr als zwei Reaktionen angenommen werden würden, die einen Versuch der französischen Regierung dem Programm der Haager Konferenz unzulässige Beschränkungen aufzuerlegen, unterstützen würden. Auf italienischer Seite würden sich Facta und Schaner gezwungen sehen, alle derzeitigen Forderungen abzulehnen. Dieser Standpunkt der italienischen Regierung werde demnach sowohl Paris als auch London übermitteln werden.

„Daily Chronicle“ schreibt, das Memorandum über die Haager Konferenz sei eine Enttäuschung für die Leute, die gehofft hätten, daß Frankreich, das alles daran gesetzt habe, die Genuefer Konferenz zu retten, sich damit begnügen und nicht sofort wieder versuchen werde, die neue Konferenz zu zerstreuen. Falls Frankreich der Haager Konferenz keine Möglichkeit zum Erlöse geben wolle, wäre es besser, die Teilnahme an der Konferenz abzulehnen; dann könnten die übrigen Mächte überlegen, ob die Haager Konferenz aufgegeben werden oder ob sie ohne Frankreich stattfinden solle. Sie würden wahrscheinlich das letztere beschließen.

„Westminster Gazette“ nennt das Memorandum Poincarés eine neue Herausforderung an Europa, die vom französischen Ministerpräsidenten aufgestellten Bedingungen könnten und würden, wie er wohl wisse, nicht angenommen werden. Das liberale Blatt ist der Ansicht, daß es die höchste Politik sein würde, auch ohne Frankreich, Belgien und Amerika auf der Haager Konferenz zu prüfen, was ohne diese Mächte zustande gebracht werden könne, das Ergebnis würde zwar nicht das erwünschte sein, nämlich eine allgemein bestehende der Beziehungen zu Rußland. Die Konferenz würde jedoch eine wertvolle Möglichkeit bieten, die Einzelheiten einer durchführbaren Vereinbarung auszuarbeiten, die als

Vorbild dienen und nachher von der gesamten Welt angenommen werden könnte. Genna habe klar gezeigt, daß Länder wie Italien und Großbritannien den Weg weisen müßten, die übrigen würden früher oder später nachfolgen. Wenn man auf Einstimmigkeit warten wolle, so könne man ewig warten.

Die Finanzberatungen

London, 6. Juni.

Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ verzeichnet eine in gewöhnlich gut unterrichteten amerikanischen Kreisen verbreitete Ansicht, wonach die Franzosen bereit seien, eine Verminderung der deutschen Reparationsschulden zu erwägen, wenn eine entsprechende Ermäßigung der französischen Schulden an die Alliierten statfinde. Dies werde eine Beeinträchtigung der amerikanischen öffentlichen Meinung möglich machen. Wenn Amerika es ablehne, an der allgemeinen Neuordnung der Kriegsschulden teilzunehmen, so könnte ihm vorgeworfen werden, daß es Europa in seiner augenblicklichen Finanz- und Wirtschaftslage mit all ihren Gefahren für den Frieden der Welt belasse.

Der Finanzberichterstatter der „Times“ in New York schreibt dagegen, es bestehe augenblicklich nicht die geringste Aussicht dafür, daß die Vereinigten Staaten auf irgendwelche Forderungen an die Alliierten verzichten könnten. Eine erfolgreiche Aufnahme einer deutschen Anleihe in den Vereinigten Staaten sei außerdem unmöglich, solange sich die Reparationen in ihrer augenblicklichen, unbestimmten Lage befinden.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, wenn die Bankiers, wie es wahrscheinlich sei, auf eine Herabsetzung der deutschen Schuld als Vorbedingung für die Ausgabe einer Anleihe beständen, so werde in der Ausschussung am Mittwoch nur berichtet werden, daß der Ausschuss nicht in der Lage sei, eine Anleihe auszusprechen, wenn Frankreich verlangt werde, daß die Ausgabe einer internationalen Anleihe von der Verminderung der französischen Forderungen abhängt, dann werde Frankreich lieber auf die Anleihe verzichten als auf seine Forderungen. Es sei klar, daß der Augenblick für eine allgemeine Regelung noch nicht gekommen sei.

Der „Temps“ berichtet, die auf heute anberaumte Sitzung sei wegen Abwesenheit verschiedener Delegierter verschoben worden.

Die Hermes-Weinendungen

Der Verleumdungsprozess des Reichsministers Hermes gegen unseren früheren verantwortlichen Redakteur Genossen Hense kommt am 3. Juli an der 9. Strafkammer zur Verhandlung. Hermes und verschiedene seiner Räte sollten durch „erweislich nicht wahre Tatsachen“ beleidigt worden sein, so durch von uns veröffentlichten Artikel „Hermes als Empfänger von Liebesgaben“, „Der Fall Hermes“, „Der Ruch im Eisen“ und durch den Abdruck des Briefes, den unsere Reichstagsfraktion an den Reichsanwalt Dr. Birck wegen der Weinoffäre des Hermes gerichtet hat. Die Hermes behauptet, daß ihn der Vinzerverband Frier, Bösel, Esar und Kumer bei gewissen Weinendungen zu Spottpreisen keineswegs wegen der übermäßigen Zuweisung von Jucker befestigt, sondern, wie selbstverständlich jedem Mann zu glauben hat, nur der schönen Augen des Hermes wegen. Darüber wird indessen im Gerichtssaal das Erforderliche gesagt werden. Bemerkenswert zu werden verdient, daß der gleiche Rechtsanwalt Lisberg, der seinerzeit die Verteidigung Helfferichs gegen Minister Erzberger, den Parteifreund Hermes, führte, die Verteidigung des Ministers Hermes billigerweise übernommen hat. Im Helfferich-Erzberger-Prozess spielten Aktien eine große Rolle. Wir hoffen, daß diesmal die Aktien ebenfalls relevant zur Stelle sind.

80 Personen ertrunken

Buenos Aires, 5. Juni.

Der argentinische Dampfer Villa Franca, der Ausflügler nach dem Astartat von Janaca bringen sollte, ist an der Küste von Paraguanay infolge einer Explosion gesunken. 80 Personen sollen ertrunken sein.

Anklage gegen französische Kommunisten

Die mit der Fassung der Frage einer etwaigen Aufhebung der Immunität der beiden kommunistischen Abgeordneten Marcel Cachin und Volstant Courturier beauftragte Kommission hat diese Aufhebung heute mit 8 gegen 1 Stimme befligt. Der Bericht geht der Kammer am 14. Juni zu.

Deutsche Staatskunst 1871—1914 Die Kommune

In seiner vollen und ganzen „Größe“ entpuppt sich der „Nationalheld“ Bismarck erst, wenn wir nunmehr dahinterkommen, in welcher Weise er die bürgerlichen Bluthunde Frankreichs auf die Pariser Kommune und deren tapfere Verteidiger gehetzt hat. Was Vissagary in seiner ausgezeichneten „Geschichte der Kommune von 1871“, gestützt auf französische Material als genialer Forscher zum Teil mehr geahnt und erraten hat, das wird nun durch die Veröffentlichung der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Gesellschaft restlos erwiesen! Dem „eisernen“ Bismarck war es vor allem ein Dorn im Auge, daß die Führung des Kampfes gegen die Kommune in zivilistischen Händen lag. Er hielt mit seiner Meinung nicht hinter dem Berge, daß der „Ausstand“ von vornherein hätte fest angepackt werden müssen, und zwar „ohne Rücksicht auf Häuser und Menschen“. Und sogar mit der Personfrage hatte Herr Otto von Bismarck sich beschäftigt! Wäre es nach ihm gegangen, so hätte einfach der Marschall Mac Mahon den Oberbefehl erhalten, und dann wären in Paris wohl schnell und zahlreich genug Häuser und Menschen gepurzelt! Denn — so sagte Bismarck: Ein Mann wie Mac Mahon hätte Paris sofort zum Kriegsschauplatz erklärt, hätte die Militär-Diktatur proklamiert, und die Sache war erledigt! Wenn die blutige Niederartausung der Kommune schließlich auch mit anderem Personal vor sich ging als dem von Bismarck gewünschten, so hatte sein Liebling Mac Mahon doch wenigstens den Vorzug, als Nachfolger des Herrn Thiers Präsident von Frankreich zu werden.

Aber Bismarck hätte (wer zweifelt daran?) unter anderen Umständen auch ganz anders können. Zum Beispiel, wenn Thiers und seine Verfallener nicht so gefällig gewesen wären, wie der Reichskanzler sie in Wirklichkeit fand! Als es Bismarck gerade in den Kram passte, ließ sich der deutsche Legationssekretär von Solstein, selbstverständlich gedeckt durch seine vorgeordnete Behörde, darauf ein, mit dem Kommune-General Cusseret über die Möglichkeit einer Unterstützung der Kommune durch die Deutschen gegen Thiers zu verhandeln! Im Hinblick hierauf und auf Sonstiges schrieb der Kanzler am 2. Mai 1871 an den deutschen Generalgouverneur Generalleutnant von Fabrice: „Von Parteinahme unsererseits für die Kommune ist bis jetzt (!) nicht die Rede“.

Wie aus einer Randbemerkung Wilhelm I. vom 9. Mai 1871 und vielen anderen Schriftstücken hervorgeht, beschäftigte man sich in Berlin unanhörlich mit der Frage des direkten Eingreifens gegen die Kommune. Wenn es dazu nicht gekommen ist, wenigstens nicht offen und ehrlich, sondern „nur“ hinterherum, so lag das nicht an Bismarck, sondern an der Regierung Thiers, die sich einer solchen Belastungsprobe denn doch nicht gewachsen fühlte, und auch daran, daß Bismarck wohl mit Recht annahm, die übrigen europäischen Staaten würden von derartigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs übel Vermerk nehmen.

Mit großer Genugtuung sah man auf deutscher Seite offenbar all die Verleumdungen ein, die der französische Minister des Auswärtigen (Faure) und andere gegen die „Empörer“, „Aufsurgenten“, „Rebellen“ von der Kommune ausstrenten. Bekanntlich haben die Pariser Kommunisten in geradezu törichter Weise das heilige Staats- und Privat-Eigentum unangestostet gelassen und dadurch mit zur Katastrophe beigetragen. Nichtsdestoweniger denunzierten die Faure und Konsorten sie als Plünderer der Bank und Schenken selbst davor nicht zurück, Bismarck einreden zu lassen, die Kommune kämpfe stundenlang mit napoleonischen Elementen im Kampf. Daß auch der alte Trick erhalten wurde, die Kommune sei so schnell wie möglich niederzuschlagen, damit „das böse Beispiel“ nicht nach Rußland und so weiter übergreife, brauchen wir nur im Vorübergehen zu erwähnen.

Am 15. Juni 1871 hielt General Trochu in der Nationalversammlung eine Rede und wies auch auf das Einverständnis der Deutschen mit der Kommune hin. Diese Wahrheitsliebe erregte Herrn von Bismarcks Zorn, und er sandte dem deutschen Geschäftsträger zu Paris, dem Grafen von Waldersee, eine genaue Darstellung des Sachverhalts. Aus dieser ergibt sich folgendes:

Schon während der Verhandlungen zu Versailles ließ Bismarck Herrn Thiers wiederholt auffordern, die Nationalgarde zu entwaffnen! Am

23. März (als 10 Tage nach der Proklamation der Kommune) gestattete Bismarck der Thierschen Regierung, 80 000 Mann bei Versailles zusammenzuziehen, um dem „Aufstand“ in Paris ein Ende zu machen. — Da es damit doch nicht so leicht ging, wie die Herrschaften sich eingebildet hatten, erlaubte Bismarck Anfang April, daß die Zahl der Thierschen Truppen auf 100 000 erhöht wurde. Darüber hinaus ward deren Erhöhung auf 110 000 und 120 000 „stillschweigend zugelassen“, ja schließlich drückte Bismarck noch ein Auge zu, als er erfuhr, daß Thiers sogar 150 000 Mann — nicht bei den Deutschen — gegen die Kommune auf die Beine gebracht hatte!

Noch immer war Thiers nicht in der Lage, den „Aufstand“ zu bewältigen. Da erklärte Bismarck sich bereit, „durch militärische Maßregeln behilflich zu sein, welche sein direktes Eingreifen in den Kampf erforderten. Darunter verstand der Gemütsmenschen z. B.: Mitwirkung bei der Einschließung von Paris und bei der Abschüttelung der Lebensmittelzufuhr (!), ferner: Aufforderung durch die Deutschen an die Kommune, den Festungsgürtel auf der deutschen Seite sowie das Fort Novy und damit ihre besten Stellungen zu räumen. Und schließlich sollte den Versailleser Truppen des Herrn Thiers der Durchzug durch die deutschen Linien zum Sturm auf Paris freigegeben werden!

Und Bismarck schließlich:

„Sobald die französische Regierung in Frankfurt den ersten Willen zeigte, unsere Mitwirkung anzunehmen, haben wir keinen Augenblick gezögert, auch in bezug auf die Bewältigung des Aufstandes, die Cœur p. p. bekannnten Angelegenheiten zu machen, denen die französische Regierung die schnelle Erreichung ihres Ziels zum großen Teil verdankt.“

Hiernach erfrischt sich wohl jedes weitere Wort. Wir möchten nur noch die hierhergehörige Schlussbemerkung aus dem Bericht des Grafen von Waldersee an Fürst Bismarck vom 4. Juli 1871 wiedergeben:

„Die französische Regierung fühlte sich zu schwach, um Frankreich gegenüber einzuräumen, daß sie mit Unterstützung der Deutschen Paris niedergeworfen sei.“ (!!!)

Die Sozialdemokratie als Ketter der Monarchie

Wir haben der Sozialdemokratie wiederholt den Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre Koalitionspolitik nicht nur nicht sozialistische Maßnahmen durchführen kann, sondern auch dem Gedanken des Ausbaues und der Festigung des demokratischen Staatswesens schweren Schaden zufügt. Als Gegenwort in der Revolution und vor allem des 9. November, hat die Sozialdemokratie in erster Linie immer gegen das Proletariat Stellung genommen und weniger gegen die Nationalisten und Monarchisten. Und so war es ganz selbstverständlich, daß sie z. B. mit ihrem Kostelurs die Feinde der Republik erst wieder großzügig, die heute zu einer großen Befehle geworden sind. Die politische Arbeitsgemeinschaft mit bürgerlichen Parteien wird so zu einer immer größeren Belastungsprobe der SPD-Politik. Wie weit die Sozialdemokratie dabei an Zugeständnissen an die bürgerlichen Parteien geht, das zeigt ihr Verhalten zur Technischen Hochschule usw. Ja, es gab sogar eine Zeit, wo Sozialdemokraten offen für die Rettung der Monarchie eintraten. So hat der bekannte SPD-Führer Dr. Ed. David vor dem 9. November 1918 den Gedanken eifrig verfolgt, daß Wilhelm II. zugunsten seines Sohnes, Kronprinz Wilhelm, abdanken soll. Und Scheidemann hat ebenfalls als Minister im Maximalkabinett die Abdankung Wilhelms gefordert, ohne allerdings

von dem Kronprinzen als Thronfolger zu reden. Aber daß diese Vorschläge von führenden Sozialdemokraten auf nichts anderes als auf die Rettung der Monarchie hinausgingen, das sagt der bekannte amerikanische Vorkämpfer a. D. Graf Bernstorff im „Demokratischen Wochenblatt“ anlässlich einer Besprechung des Kronprinzenbundes:

„Es gab nur eine Möglichkeit, die Monarchie zu retten, nämlich die, daß Anfang Oktober der junge Prinz Wilhelm zum Kaiser und Prinz Max zum Reichsverweser ausgerufen wurde. Ende Oktober berief mich Prinz Max von Konstantinopel nach Berlin, um ihm bei den schwebenden Verhandlungen behilflich zu sein. Damals habe ich diese Frage mit dem Reichskanzler länglich in seinem Garten in langen Unterredungen besprochen. Vielleicht wäre es auch dann noch möglich gewesen, die Monarchie zu retten, aber der Kaiser lehnte alle milden Versuche, ihn zur Abdankung zu bewegen, rundweg ab, und so mußte denn am 9. November die unvermeidlich gewordene Katastrophe eintreten.“

An jenen verhängnisvollen Tage habe ich von dem ersten Augenblicke an neben dem Prinzen Max gestanden und sein letztes Wahl im Reichskanzlerpalais mit ihm allein geteilt. Ich weiß also, daß er in allen Verhandlungen mit dem Hauptquartier nie einen anderen Gedanken gehabt hat, als die Monarchie zu retten. Es ist nicht richtig, daß der Reichskanzler die Abdankung des Kaisers selbstständig verkündigt hat. Sogar in dem Buche des Kronprinzen wird angegeben, daß Dinge aus Spa telephoniert habe, der Kaiser wolle abdanken, aber die Urkunde selbst formulieren. Ich entfinne mich noch wie heute auf dieses Telephonat. Prinz Max antwortete, wie gar nicht anders möglich war, daß es zum Formulieren zu spät sei und dies daher schon in Berlin geschehen wäre. Der Reichskanzler mußte so handeln, wenn er den Versuch machen wollte, die Monarchie noch im letzten Augenblicke zu retten. Wäre er nur früher so aufgetreten! Jetzt werden seine guten Absichten gerade von denen verkannt, welchen er helfen wollte.“

Bernstorff bestätigt also hier in allem unsere Auffassung von der damaligen Rolle der Sozialdemokratie im Maximalkabinett: Prinz Max von Baden wollte die Monarchie retten und dabei diente ihm die Sozialdemokratie als Ratsmitglied, wie die Vorschläge Davids und Scheidemanns behandelt haben, so bleibt nur der Schluss übrig, daß David und Scheidemann ohne Wissen der Parteileitung gehandelt haben, so bleibt nur der Schluss übrig, daß die sozialdemokratische Partei vor der Novemberrevolution mit dem Prinzen Max von Baden die Monarchie retten wollte. Daher erklärt sich auch ihre Stellungnahme gegen den 9. November und alle revolutionären Regungen des Proletariats während der Kriegszeit.

Die nationalistische Hege

Neuanfang — Reichswehr — Gottesgnadentum.

Wir berichteten vor einigen Tagen von der monarchistischen Kundgebung in Hamburg mit der Regimentsfester ehemaliger Hier. Zu dieser Demonstration haben, wie die „Welt am Montag“ mitteilt, die „Altonaer Nachrichten“ eine Extraausgabe herausgegeben, in welcher ein Hauptmann a. D. Paul Peters u. a. folgendes schreibt:

„Dreimal leuchtete in der Gegend die stolze 31, in drei Feldzügen zog dort das kampferprobte, siegreiche Regiment. 1815—1870—1914 (Regimentsgeschichte Seite 111 und 120). Dreimal standen Hier dort, dreimal vor Paris. Es war nicht das letzte Mal, denn einst wird der Tag kommen, der Tag, wo die „Wacht am Rhein“ wieder am deutschen Rheinterritorium, wo das neue Regiment 31 mit dem alten deutschen Geiste der Väter inebend gegen den Erbfeind zieht über Revignen nach Paris. Gott wolle es.“

Daß diese Hege zum Neuanfang nicht vereinzelt dasteht, das beweisen neben den vielen Regiments-, Schlachten-, Hindenburg- und Staerckefeldern auch der bayerische „Marinetag“ und der bayerische „Gedenktag der Nachrichtenregiment“, wo die Prinzen Leopold, Ferdinand, Ludwig, Rupprecht und Eitel nicht nur Paraden abnahmen, sondern auch Reden im ähnlichen Sinne hielten, wie das Geschriebe des Hauptmann Peters.

Auch in der Reichswehr wird die monarchistische Verheißung unbehelligt weiter betrieben. So entnahmen wir einem Briefe von Gärtniger Reichswehrsoldaten an die „Welt am Montag“ folgendes:

Man ist teilweise noch im dem Glauben, eine Reichswehr zum Schutz der Republik zu haben. Ist es im Sinne der Republik, die wir uns 1918 schaffen wollten, wenn man den Soldaten nur von dem Tag der Nahe und vergangenen goldenen Tagen predigt? Warum werden uns nur Filme wie „Friedrichs Rex“ gezeigt. Vor 14 Tagen wurde uns die Staerckeschlacht mit Ersparung von einem Zivilisten im Kino vorgeführt. Der Geschichtsmann, der wohl auch wusste, was man hier gerne hört, sprach unter anderem mit erhobener Stimme: „Wenn es auch heute verpöblich ist, muß ich doch sagen, daß der schönste Augenblick in meinem Leben der war, wo die „Hohenoller“, mit S. M. dem Deutschen Kaiser an Bord, in den Kieler Hafen einlief.“ Will man mit all dem Neulernen für die Volkerveröhnung gewinnen? Bis vor kurzem konnte man noch in der Kaserne eine Morgenpost bekommen. Da man uns nun aber das Lesen der Morgenpost nicht verbieten kann, hat man ein anderes Geheiß herausgefunden, das Zivilpersonen den Zutritt zur Kaserne verbietet. Die Zeitungsfrau wagte es, in die Wohnung des Bataillons-Kommandeurs zu gehen, um sich die Erlaubnis zum Betreten der Kaserne zu erbitten, da sie sonst brotlos wird; aber man war über die Frechheit und Ungehörigkeit sehr empört und fraute sie nur, „ob ihr das nicht genüge, was ihr der Adjutant in der Kaserne sagte.“ Die Morgenpost ist also verschwunden, und es bleibt uns nichts anderes übrig, als in die Imhoffstraße der Reaktion zu gehen (Kameradschaftsheim, früher Kantine), die von Hofschäferschwägern (verarmten Offizierswitwen) besetzt ist, und dort die „Deutsche Zeitung“, „Tägliche Rundschau“ und „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu lesen.

Diese „Heranbildung“ der Reichswehr zu einer republikanischen Schutztruppe geht wohl noch über den berechtigten „Vaterländischen Unterricht“ hinaus des Krieges. Wäre es nicht längst an der Zeit, die völlig unannehme Reichswehr im Interesse der Republik aufzulösen, anstatt den Monarchisten mit Geldern des demokratischen Staatswesens sich eine Garde schaffen zu lassen, die nicht nur den äußeren, sondern auch den inneren Frieden auf das schwerste bedroht? Und schließlich sei noch erwähnt, daß im Berliner Dom die Kirchenpredigten die Formel enthalten: „Gott segne den Kaiser und seinen Sohn in der Ferne und das Königreich.“

Systematisch wird also die Hege gegen die Republik für die Monarchie betrieben. Und das traurigste bei der Sache ist, daß die Republik nicht nur nicht gegen die gewissenlose Hege einschreitet, sondern obendrein noch die Hegepost zum größten Teile bezahlt und — wie das Beispiel der Reichswehr zeigt — ihnen sogar Gelder und Menschenmaterial zur Verfügung stellt.

Oberschlesien

Die Feiertage sind in den Kreisen Rattowitz, Laurabütte, Tarnowitz und Pleß ruhig verlaufen. In Birkenhain sind deutsche Beamte verjagt, aber später aufgefordert worden, den Dienst wieder aufzunehmen. In Charlitz und Birkenhain wurden in den Feiertagen die Grenzpfähle entfernt. Umlaufende Gerüchte aus Rattowitz, die wissen wollten, daß sämtliche politischen Gefangenen befreit worden seien, entsprechen nicht den Tatsachen. In Bentzen wurde in der Nacht zum ersten Pfingstfesttag das am Hotel Kommis angebrachte Hohenollerschild des polnischen Konsulats von unbekanntem Händen entfernt.

Neuzeitlicher Feuerwehr-Alarm

Uns wird geschrieben: Behändia erfährt der Feuerlöschung Verbesserung und Vervollkommen. Vorbildlich sind natürlich in erster Linie die Großstadtfeuerwehren. Sie besitzen die denkbar praktischsten Feuerlösch- und Meldeeinrichtungen, was in Betracht der Dichte der Bevölkerung nur verständlich ist. Bei dem neuesten Meldeverfahren an den Meldebüchsen nach dem Einschlagen der Scheibe durch Drücken auf einen Knopf ein Uhrwerk mit Tappenschleife in Gang gebracht. Eine Kontaktvorrichtung, die mit der Tappenschleife in Verbindung steht, gibt, ähnlich wie eine Telegraphentaste, bestimmte Zeichen, nicht die allgemein gebräuchlichen Morsezeichen, an die Feuerwehr weiter. Die hier aufgenommenen Zeichen neben der Wache den Standort des Feuermelders an.

Die Einrichtung scheint aber nicht allein die neuen Melde- und Uhrwerke mit dem benennenden Ablauf des Uhrwerks öffnet sich oberhalb dieser Einrichtung automatisch ein Türchen, hinter dem sich die Röhre eines Konservensprekapparates befindet. Eine erläuternde Tafel weist dem Meldenden an, mit welcher Stimme den Brandherd zu nennen. Ein Klingelzeichen als Antwort verständlich ihn davon, daß die Meldung richtig aufgenommen worden ist. Vorher soll er den Apparat nicht verlassen. Der Vorteil dieser Fernsprecheinrichtung liegt auf der Hand. Die Feuerwehr braucht nicht mehr, wie bisher, den Umweg zum Melde- und wieder zurück zum feuerlöschenden Minuten. Irrtümer werden außerdem durch diese Kombination vermieden. Natürlich muß sich die Straße des Brandes in der Nähe des Melders befinden. Die mit riefen, genannten Plänen und darin ausgezeichneten Meldern versehenen Feuerwagen vermögen im Augenblicke Bänder und Meldehelfer heranzustellen. Das bedeutet schließlich auch eine gewisse Ausschaltung von Rast- und Hilfsabteilungen.

Bei den Empfangsanlagen liegt der Hauptwert darin, daß mit Hilfe genauer elektrischer Meßinstrumente die Anlage dauernd unter Kontrolle steht. Irigendwelche Störungen, Kabelbruch, Verschaltungen usw. werden sofort festgestellt und eine Beilegung kann unverzüglich veranlaßt werden. Gleichzeitigkeit mit dem Eingange der Meldung — Nummer des Melders — die in einem Papierstreifen ähnlich wie beim Telegraphen gelocht werden, erfolgt automatisch mit anderem Apparate die Aufnahme der genauen Zeit des Eintreffens der Meldung. Früher blieb die Sekundenuhr bei Eingang einer Meldung automatisch stehen, und man verweilte auf diese Weise genau die Zeit zu kontrollieren. Die eingehende Meldungen werden zu gleicher Zeit von einer Wache zur andern weitergegeben. Doch bei dem nicht zum Vollbesatz gehörenden Wagen findet ein Alarm vorerst nicht statt.

Bei den zutragenden Wachen treten sofort mit Auslösung des Melders und Ansprechen der Empfangseinrichtung große

Weder in Tätigkeit. Diese sind zweckmäßig in der Feuerwache verteilt und lassen durch kürzere und längere Pausen kenntlich gemachte Zahlen abhören. Die Nummer des ausgehenden Melders, der jedem einzelnen Feuerwehrmann bekannt sein muß. Gleichzeitig erklingt die Nummer in der Wagenhalle in Lichtschrift. Erfolgt die Meldung durch den Lautsprecher, oder ist dieser nach der Meldung in Tätigkeit gesetzt, geht durch die Sprechrohranlage den Mannschaften und Führern der genaue Ort des Brandes zu, der auf bestimmte Zeitel gezeichnet ist. Bei alleiniger Lautsprechermeldung wird ein Sirenenignal gegeben und die Zettel mit dem Brandherd sofort abgeliefert.

Mit dem Sirenenignal, oder mit der Auslösung des Melders erklingen nicht allein die achtschilderten Signale, sondern es öffnen sich gleichzeitig automatisch die Tore der Wache. Die Mannschaften rufen an Leitbäumen von den oberen Stockwerken herab. Treppen zu benutzen hat man in solchen Fällen keine Zeit. Alle Feuerwehren sind seit Jahren mit diesen Einrichtungen versehen. Die Wagen sind mit starken Motoren ausgerüstet. Die Geräte sind handlich verpackt immer an Ort und Stelle. Jeder Mann hat seinen bestimmten Platz auf dem Wagen. Seine Einrichtung befindet sich dort. Der erste Wagen führt außerdem einige hundert Liter Wasser mit, damit die geringste Verzögerung vermieden wird.

Dreißig Sekunden nach Meldung des Feuers können die riesigen Ungeheuer, die einen ohrenbetäubenden Lärm durch ihre Glockenklänge verursachen, bereits pfeilschnell davonrasen und den Kampf mit dem Feuer aufnehmen. R. F.

Mars der ältere Bruder der Erde

Zur 1. Mars-Opportunität am 10. Juni 1922.

Am 10. Juni kommt, wie schon mehrfach mitgeteilt, der Planet Mars in Opposition zur Sonne, steht ihr also genau gegenüber und weilt infolgedessen die ganze Nacht am Himmel. Während der Planet in der Konjunktion mit der Sonne (Gruppierung: Erde—Sonne—Mars) bis zu 300 Millionen Kilometer von der Erde abheben kann, schmilzt diese ungeheure Entfernung in der Opposition, bei der die Stellung der Gestirne durch eine die Mittelpunkte von Sonne, Erde und Mars durchschneidende Verbindungslinie gekennzeichnet ist, bis zu 57 Millionen Kilometer zusammen (in diesem Jahre genau 68 Millionen Kilometer). Trotz dieser außerordentlichen Verhältnisse im allgemeinen, in denen sich der scheinbare Durchmesser des Mars in einer Ausdehnung von etwa 20 Bogensekunden zeigt, gibt die diesjährige Opposition für unsere Breiten keine günstigen Beobachtungsmöglichkeiten, da der Planet sich im südlichen Teil der Ekliptik befindet, nämlich in der Gegend, die die Sonne etwa um die Zeit der Winterjonneneinde einnimmt. Zu den unfruchtbarsten dieser Marsrätel gehören seine

genannten „Kanäle“, die nach älteren Ansichten — von den phantastischen Meinungen über künstliche Anlage der Kanäle sehen wir natürlich ab — Spalten auf den Marskontinenten sein sollen, die jedoch nach der die gesamte areographische Topographie über den Planeten werfenden Marstheorie des Zürcher Forschers Adrian Baumann unabweisbar als Risse in der Gesteine des ausgetrockneten Marsmeeres angesprochen werden müssen. Nach der Baumannschen Theorie bietet Mars bis in die letzten Einzelheiten das Bild eines älteren Bruders unserer Erde. Eine wichtige Stelle kommt in dieser Erklärung der Deutung einer ganzen Reihe wichtiger Beobachtungsergebnisse durch die überaus heftige erdunne Tätigkeit auf unserem Bruderplaneten zu, die bei den wesentlich geringeren Größenverhältnissen des Mars in weit härterer Weise als auf der Erde in Erscheinung treten müssen. Auf der Erde ist wohl Japan die Inselgruppe mit den meisten vulkanischen Ausbrüchen. Auf dem Mars ist nach Baumann die Sonneninsel (Venus Solis) der Ort der größten vulkanischen Tätigkeit. Antoniadi hat 1909 auf dieser Insel 17 dunkle Flecken gezählt, die vielleicht alle als Vulkane zu deuten sind. Auffallend ist hierbei, daß der Venus Solis zu einem benachbarten Kontinent genau dieselbe Lage hat wie Japan zu Asien. Auch die übrigen Vulkane des Mars liegen nach Adrian Baumann genau so am Ufer des Meeres (und eines großen Sees) wie diejenigen der Erde. (Zuweilen von Hellas ist auf dem Mars ein Vulkan, auf der Erde am Tonganiska-See).

Junge oder Wädel — eine Schilddrüsenfrage. Eine neue Theorie über die viel erörterte Frage der Vorbestimmung des Geschlechts entwickelte Dr. Leonard Williams in einem Vortrage vor der britischen Tierzeitschrift. Die männlichen und die weiblichen Elemente, aus denen das Kind entsteht, kämpfen miteinander um die Oberhand, und je nach dem Sieg des einen oder anderen entwickelt sich das Geschlecht des Kindes. „Wenn der Sieg des Männlichen vollständig ist“, erklärte der Arzt, „dann entsteht ein Kaiser, ein Napoleon oder Bismarck. Ist das Männliche nicht ganz vorherrschend, dann entsteht der gewöhnliche Mann usw.“ Nach Williams Ansicht kann man das Geschlecht des zu erwartenden Kindes bestimmen, indem man der Mutter Substanz einer männlichen oder weiblichen Schilddrüse zuführt. Aber mit Hilfe dieser allmächtigen Drüse kann man das Geschlecht nicht nur vor der Geburt beeinflussen, sondern man kann auch durch Einwirkung von Schilddrüsenubstanz im Alter von 14 oder 15 Jahren das männliche Wesen männlicher machen und das weibliche weiblicher. — Die Deutschnationalen sollten sich schleunigst die Theoretiker der Kaiserzeugung sichern. Diese schöne Theorie mit Hefferlich und Beharv praktiziert, müßte doch den Deutschnationalen endlich auch den großen starken Mann liefern, von dem das Schicksal der Welt abhängt.

Affenfart auf Scheidemann

Kassel, 5. Juni

Oberbürgermeister Scheidemann wurde während eines Anstreiches, den er gestern nachmittags in Begleitung seiner Tochter und seiner Enkelin nach Wilhelmshöhe unternommen hatte, auf dem Wege nach dem Aussichtspunkt Kellersruh von einem etwa 20- bis 22-jährigen Mann überholt, der ihm einen Gummiball mit fünf Zentimeter langer Stahlspitze aus der Hand nahm und ihn darauf mit einer Flüssigkeit bespritzte, dann den Ball von sich warf und entfloh. Der Oberbürgermeister schob aus seiner Mehrschadepistole zweimal hinter dem Flüchtigen her. Unmittelbar vor Abgabe des zweiten Schusses fühlte Scheidemann eine Schwäche aufsteigen und brach nach Abgabe des Schusses zusammen. Nach einer etwa eine Viertelstunde andauernden Bewusstlosigkeit kam er wieder zu sich und konnte in seine Wohnung geführt werden. Die Art der Flüssigkeit konnte noch nicht festgestellt werden. Die sofort aufgenommene Verfolgung des Täters, der nach Angabe von Zeugen den besseren Ständen angehört, und der auf der Flucht etwa 150 Meter vom Tor der ehemaligen Eisenbergstraße mit Spatenzwingen fortgeworfen hatte, ergab, daß er den Vergabhang hinunter und auf den Nebenstraßen nach dem Bahnhof zu gelaufen ist, dort eine Fahrkarte 4. Klasse gelöst und in der Richtung nach Wabern gefahren ist. Auch in Kassel selbst sind Streifen verankert worden, ohne bisher zur Ergreifung des Täters zu führen, auf dessen Ermittlung der Regierungspräsident 5000 Mark Belohnung ausgesetzt hat.

Kassel, 5. Juni, 10 1/2 Uhr abends.

In Ergänzung der heutigen Meldung über den Anschlag gegen Oberbürgermeister Scheidemann wird noch mitgeteilt, daß nach Bestimmung des zur Hilfe herbeigezogenen Arztes es sich, nach dem Inhalt des Gummiballs und nach dem Zustand Scheidemanns zu urteilen, nur um ein Blausäureattentat handeln konnte. Die Untersuchung der Flüssigkeit durch einen beidseitigen Chemiker soll noch im Laufe der heutigen Nacht erfolgen. Am späten Abend erlangte Scheidemann, der inzwischen in seine Wohnung gebracht war, seine volle Besinnung wieder.

Am Mittwoch veranstalteten die sozialdemokratischen Parteien in Kassel anlässlich des Attentats eine Demonstration.

Kassel, 5. Juni

Das Befinden des Oberbürgermeisters Scheidemann hat sich heute so gebessert, daß er im Laufe des Tages eine Autofahrt im Automobil unternehmen konnte. Scheidemann hat bei dem Anschlag keinerlei Verletzungen davongetragen. Die bisherigen Nachforschungen nach dem Täter waren erfolglos.

Just vor dem Beginn des Prozesses gegen den Kapitänleutnant Rilling vor dem Schwurgericht in Offenbach in Baden, der der Beihilfe bei der Ermordung Erzbergers beschuldigt wird, wurde auf den Kasseler Oberbürgermeister Scheidemann ein Attentat verübt. Diesmal nicht mit Pulver und Blei, sondern mit Säure. Und mitten aus dem Kreise seiner Familie sollte Scheidemann herausgerissen werden. Eine ganz besondere Robe. Natürlich gehört der Bursche, der den Anschlag machte, zu den sogenannten besseren Ständen. Vermutlich ist er ein Student oder ein ehemaliger Offizier. Auch Ottilie v. Hirschfeld, der Erzberger zu töten versuchte, und Schulz und Tilleßen, die schließlich Erzberger meuchlings niederstreckten, haben ja bekanntlich ehemals den vornehmen Rock getragen, was sie zu der denkbar erbärmlichsten Tat, dem politischen Mord, besonders befähigte.

Die Tat in Kassel fällt auf das Schuldkonto der Nationalisten, auf die Gefolgschaft der Seltsamen, Dergel, Maurenbrecher, Wulle und Genossen. Ihrer fortgeschrittenen Hege und ihrer Eigenkomagone ist es zuzuschreiben, wenn in Offenbach Erzberger, wenn Garais in München fielen, wenn jetzt in Kassel auf Scheidemann ein Anschlag ausgeführt wurde. Wer nicht in das nationalistiche Horn bläst, wer dem Wahnsinn der Kreise um Ludendorff entgegentritt, wird als ein Schuft und ein Volkverräter gebrandmarkt. Jeder gilt den gleichen Kreisen als ein Held, der einen dieser „Schäfte“ beseitigt. Die logische Folge sind derartige Mordbegehren und Attentate. Und die Justiz und etwelche Regierungen, wie auch Bayern, tun ein übriges, indem sie die Attentäter und ihre Hintermänner unterstützen, die geheimen Mörderorganisationen nicht nur schützen, sondern auch fördern. Es ist im neuen Deutschland ja absolut ungefährlich, irgendeinen linksgerichteten Politiker abzutun wie einen toten Hund, denn gewöhnlich wird der Attentäter nicht gefangen und wenn er trotzdem zufällig aufstöbert wird, stellt sich zur rechten Zeit eine Geisteskrankheit ein, wie im Falle Hirschfeld.

Und so dürfte es in Deutschland bleiben. Daran tragen nicht zum wenigsten die Führer derjenigen Parteien teil, die zu Scheidemann gehört. Als unmittelbar nach dem Erzberger-Mord unsere Fraktion energische Maßnahmen zum Schutze der Republik und der Republikaner forderte, war zwar auch die rechtssozialistische Reichstagsfraktion anfänglich damit einverstanden und Scheidemann selbst war es, der den von unserer Fraktion eingebrachten Entwurf zum Schutze der Republik noch nicht für weitgehend genug bezeichnete. Das war unmittelbar unter dem Eindruck des Attentats auf Erzberger. Mittlerweile ließen sich die rechtssozialistischen Staatsmänner von ihren demokratischen und zeitweiligen Blöckbrüdern überzeugen, daß der Entwurf viel zu weit gehe. Das Resultat dieser „Einigkeit“ der rechtssozialistischen Führer war der vor kurzem herausgebrachte Regierungsentwurf zum Schutze der Republik, das eine Lächerlichkeit ist und sich auf den Schutz der Hohheitszeichen und die Ehre des Reichspräsidenten beschränkt. Solange die Rechtssozialisten innerhalb und außerhalb der Regierung sich bei ihren Enklaven lediglich von den Rückwärtigen auf Demokraten und Zentrum und auf die bürgerlichen Parteien leiten lassen, wird das nationalistiche Mordvergnügen in Deutschland gute Zeiten haben. Das muß

die rechtssozialistischen Arbeiter der Anschlag in Kassel erneut lehren.

Der Vorstand der SPD. richtete an Scheidemann folgendes Telegramm: „Für den Parteivorstand und für die gesamte Partei spreche ich dir unsere Freude über das Mithingen des niederträchtigen Attentats aus.“
gez. Otto Wels.

Rücktritt des polnischen Kabinetts

Eine am 2. Juni stattgefundene Sitzung des Kabinetts in Polen nahm bei der Debatte über Genua einen stürmischen Verlauf und führte schließlich zur Abdankung des Kabinetts Poniowski, weil die Differenzen zwischen Kabinetts und Staatschef unüberbrückbar waren.

Poniowski ist der Nachfolger Witos. Bekanntlich hat er anlässlich eines Konflikts wegen der Binauer Anschlussfrage mit seinem Kabinetts schon einmal demissioniert. Er blieb jedoch auf Wunsch Pilsudskis. Nunmehr scheint in der Genuafrage der Rücktritt endgültig zu sein. Die vorliegenden Differenzen gehen vor allem dahin, daß dem Poniowski-Skirmunt-Kabinetts der Vorwurf gemacht wird, ihre Russlandpolitik verletze die Freundschaft mit Frankreich. Vor allem haben die nationalistischen Kreise in letzter Zeit in der Richtung eifrig gegen das Kabinetts gehet. Auch das Genfer Oberschlesien-Abkommen gefiel den Nationalisten nicht.

Der Staatschef Pilsudski scheint nach alledem völlig im Banne der Nationalisten zu stehen. Inwiefern Frankreich selbst mit seinen Hintermännern am Sturz des Kabinetts beteiligt ist, läßt sich augenblicklich noch nicht übersehen.

Groß-Berlin

Womit sich der hohe Adel beschäftigt

Der „hohe Adel“ hat anscheinend in der Republik kein richtiges Betätigungsfeld mehr. Er scheint sich daher wieder auf die alte Methode des Ausplünderns von Pflanzsäulen zu verlassen. Nur ist er dabei moderner geworden. Zur Zeit des Mittelalters übten bekanntlich die Rittersitter das Handwerk des Wegelagerers berufsmäßig aus. Heute gehört es nicht mehr zum guten Ton, auf den Landstraßen friedlich dahingehende Kaufleute auszuräumen.

Der Herr Baron Alexander von Lüdinghausen-Wolf, seine Schwester Vera und seine Mutter Elisabeth von Lüdinghausen-Wolf sind kürzlich durch die Kriminalpolizei verhaftet worden, weil sie sich durch einen großartigen Schwindel in den Besitz von Juwelen im Werte von mehreren Millionen Mark setzen wollten. Vor einiger Zeit bereits verkaufte der junge Baron einem hiesigen Juwelier eine Perlenkette, deren Wert 5 Millionen betragen sollte. Die Untersuchung der Kette ergab, daß die Perlen unecht waren. Die Kette war jedoch eine so glänzende Nachahmung, daß sie immerhin noch einen Wert von anderthalb Millionen Mark darstellte. Angeblich hat die Adelsfamilie nicht gewußt, daß ihr „alter Familienschmuck“ unecht war. Der Betrug war nicht nachzuweisen, und die bereits Inhaftierten mußten wieder entlassen werden.

Inzwischen setzte diese ehrenhafte Familie kurz vor Pfingsten einen neuen Riesenschwindel in Szene. Die Frau Baronin und ihre Tochter kauften bei einem anderen Juwelier ein goldenes Zigarettenetui im Werte von 3000 Mark, das sie bar bezahlten. Nach einigen Tagen suchte der junge Baron und seine Schwester denselben Juwelier auf und erteilten ihm den Auftrag, ihnen in einem Pensionat am Magdeburger Platz Juwelen für 5-10 Millionen Mark vorzulegen. Dort sollte dann die erste Anzahlung von etwa 1 Million Mark erfolgen. Der durch den Kauf des teuren Zigaretteneuis sicher gemachte Juwelier fand sich unter Außerachtlassung sonst gebührender Vorsicht in dem Pensionat ein. Die Frau Baronin befestigte die Juwelen im Beisein des Juweliers in ihrem Schlafzimmer. Der sich auch Oetzig von Kurland nennende Sohn hielt sich indessen mit seiner Schwester nebenan im Zweifelszimmer auf. Während der Unterhaltung mit der Baronin äußerte der Sohn und seine Schwester den Wunsch, die Juwelen noch einmal zu beschichtigen und gingen mit dem wertvollen Schatz ins Nebenzimmer, während die Mutter den Juwelier unterdessen in ein längerer Gespräch zog. Als die Geschwister nicht wiederkamen, schöpfte der Juwelier Verdacht und mußte nun die peinliche Entdeckung machen, daß das Nebenzimmer leer war. Die zur Rede gebrachte Frau Baronin eilte an das Telefon und benachrichtigte Verwandte, daß sie überfallen worden sei. Als der inzwischen hinuntergegangene Juwelier, der sich nach Polizei umhah, zurückkehrte, war das edle Geschwisterpaar zurückgelassen. Sie drehten nunmehr den Spieß um und beschuldigten den Juwelier, daß er sie bestohlen habe. Er hätte aus einem Kasten im Schlafzimmer 320000 Mark an sich genommen. Juwelen habe er keine mitgebracht; infolgedessen könnten ihm auch keine unterschlagen worden sein. Die inzwischen eingetroffene Kriminalpolizei konnte keine Klärung herbeiführen, da Auslage gegen Auslage stand. So mußten schließlich alle vier den Weg nach dem Polizeipräsidium antreten. Nur durch ein Kind, das sich als Verwandte der Baronin bei dieser aufstellt, und das nur russisch spricht, konnte durch einen Dolmetscher festgestellt werden, daß es Brillanten bei dem Juwelier gesehen habe. Die weiteren Ermittlungen brachten dann die baltische Adelsfamilie zu einem Geständnis.

Nach dem Ueberlassen der Juwelen hatte der Bruder im Tiergarten den Sohn einen Meter tief unter einem Gebüsch vergraben, während die Schwester ein Café aufsuchte. Der Bruder eilte sodann zu seiner Schwester, um sich ein Alibi zu verschaffen. Kurze Zeit darauf wurden sie von der Mutter angerufen und erhoben nunmehr zurückweisend gegen den Juwelier die schwere Beschuldigung.

Nach den polizeilichen Ermittlungen soll der junge Baron vor zwei Jahren in Russland als Kommissar der Tscheka des revolutionären Tribunals der Sowjetregierung bei ihm bekannten Adelsfamilien deren ganzen Schmuck beschlagnahmt, davon aber nur einen Teil abgeliefert haben. Auch die kostbare Perlenkette hat er wahrscheinlich auf diese Weise in seinen Besitz gebracht.

Die von Lüdinghausen-Wolf haben sich noch weiterer großer Schwindel in Hamburg, Leipzig, Berlin und anderen Städten schuldig gemacht. Außerdem besteht der dringende Verdacht, daß sich der junge Baron als politischer Spion betätigt.

Bekanntlich ist vor kurzem die erlauchte gräfliche Familie Schlieffen, Mutter und Sohn, wegen Anstiftung zum Mord an einer lächerlich geringen Strafe verurteilt worden. Herr von Rahne der vor den Toren Berlins haust, schiebt ungekrast den Plebs über den Haufen. Die Familie derer von Lüdinghausen verübt große Schwindel.

Noblesse oblige! Zu deutsch: Adel verpflichtet!

Bestialisches Verbrechen eines Vaters

Ein von einer grenzenlosen Rohheit zeugendes Kapitalverbrechen ist nachträglich durch die Kriminalpolizei aufgefahret worden. Nach langwierigen Ermittlungen ist es gelungen, den unmenschlichen Vater der Täterin zu überführen. Der Robenwater ist der 1883 zu Wolfstein geborene Schuhmacher Theodor Wischke, der in Neuföhr am Mariendorfer Weg wohnte und in der Hennigsdorfer Straße eine Schuhmacherei betrieb. Wischke war zum zweiten Male verheiratet, hatte sich aber auch von der zweiten Frau getrennt und mit dieser auseinandergesetzt. Um freier leben zu können, suchte er sich seines aus erster Ehe stammenden 17-jährigen Sohnes zu entledigen. Seine zweite Frau konnte sich seiner nicht annehmen, da sie selbst Beschäftigung angenommen hatte. Er trug sich deshalb zunächst mit dem Gedanken, an den Sohn, einen kräftigen und auch geistig regen Knaben an Kindesstatt zu vergehen. Am 2. Mai d. J. erschien er nun bei seiner zweiten Frau und erzählte ihr, daß er einen Bauern gefunden habe, der den Jungen nehmen wolle. Eine Woche später, am 1. d. M., vormittags um 7 1/2 Uhr wurde nun aus dem Zeltowkanal ein Knabe gelandet, der trotz aller Bemühungen der Polizei als unbekannt beendigt wurde. Erst später erkannte die zweite Frau Wischkes den Knaben nach der Photographie der Leiche als ihren Stiefsohn wieder. Nach dieser Feststellung geriet Wischke sogleich in den Verdacht, seinen eigenen Sohn ins Wasser gestürzt zu haben. Festgenommen, leugnete er zunächst hartnäckig die Tat. Nachdem er nun am Pfingstsonntagabend ausgelassen hatte, er habe sich aus Not mit dem Knaben ins Wasser gestürzt, sich aber wieder gerettet, fand am 1. Feiertag ein Lokaltermin an Ort und Stelle statt. Dabei ergab sich, daß auch seine jetzige Darstellung unwahr sein mußte, da an der bezeichneten Stelle ein erwachsener Mensch gar nicht ertrinken konnte. Nunmehr gab er zu, daß er sich seines Sohnes entledigt habe. Er war mit ihm hinabgegangen unter der Vorpiegelung, daß dort altes Eisen läge. Dieses wollten sie sammeln, verkaufen und von dem Erlös sich Essen kaufen. Er habe in einem Augenblick, als sich der Junge erhob, ihn in das Wasser hineingestoßen. Dann habe er zwar versucht, ihn zu retten, doch sei er untergegangen und nicht wieder hochgekommen.

Von der nunmehr anordneten Untersuchung des Mogeninhaltes des Knaben erwartet man jedoch, daß er diesem vorher noch Gift eingegeben hat. Wischke war ständig im Besitz verschiedener Gifte und hatte auch schon am zweiten Ostertag versucht, den Knaben zu vergiften. Er hatte Chimin in den Kaffee gegeben und auch selbst zunächst davon getrunken, den Kaffee dann aber wieder ausgespuckt. Der Knabe irant aber nicht davon, weil er ihm zu bitter schmeckte.

Deutschnationale Freiheiten

In der Bezirksversammlung vom 21. Mai 1922 im 19. Bezirk Pankow kam die durch das bewußt provokatorische Auftreten des Führers der Bürgerlichen, des deutschnationalen Houb, erzeugte Spannung zur Explosion. Bei der Behandlung des Antrages der drei sozialistischen Parteien, den 1. Mai betreffend, der in der vorhergehenden Sitzung durch den Widerspruch der Bürgerlichen nicht zur Verhandlung kam, wurde nach vergeblicher Versuche der Abwägung von unserer Seite die früher herrschende Klängefreiheit gegeben.

Dieser Anlaß benutzte der sich oft seiner Kenntnisse selbst rühmende Meister Houb, die Führer der Arbeiterfraktion mit Schmutz zu bewerfen und nannte den Gen. Eisner einen verbrecherischen Juden. Diese Unverschämtheit löste auf der Linken eine lebhafteste berechtigte Empörung aus, und nur der Besonnenheit der Arbeitervertreter ist es zuzuschreiben, daß es nicht zu Schlägereien kam. Besonders tapfer bewogte sich der ordnungsbewußte deutschnationale Jäckel, der lebhaft auf seine für treu geleistete Dienste in der Gruppe ihm verliehenen Ankerzeichen hinwies und auch beide Hände botte. Der tapfere Heimkehrer Houb, blah wie ein Mehlrad, verlor sogar die Sprache. Besondere Ermahnung verdient noch der Wirtschaftsparteiler Siowert, unseren Parteigenossen im Ort von früher her als Spindel und Refertiger von unwahren Berichten über Parteiverfassungen noch sehr bekannt, der angeblich nur produktive Arbeit leisten will und dies dadurch zu erreichen sucht, daß er dauernd Unwahrheiten und Gefährlichkeiten gegen Sozialisten vorbringt.

Hoffentlich stehen die Bürgerlichen aus den letzten Vorkommnissen die Lehre, daß die Linke nicht gewillt ist, die Provokationen der deutschnationalen Schreier widerstandslos hinzunehmen.

Fluggeld für Post nach Russland. Briefe und Postkarten nach Russland, die mit der Fluggpost Königsberg (Pr.) Moskau befördert werden sollen, kosten außer den gewöhnlichen Auslandsgebühren nicht den im Fluggpostverkehr mit dem übrigen Ausland üblichen Fluggzuschlag von 30 Pf., sondern von 8 Pf. für jede Postkarte und für jede 20 Gramm eines Briefes. Es sind also freizumachen: eine Fluggpostkarte nach Russland kostet mit 2,40 M. und 4 M., insgesamt 10,40 M., ein Brief bis 20 Gramm mit 4 und 8 M., insgesamt 12 M., ein Brief über 20 bis 40 Gramm mit 8 und 16 M., insgesamt 24 M. u. f. f.

Briefbeförderung nach Südamerika. Der italienische Dampfer „Duca degli Abruzzi“, der zwischen Genua und Rio de Janeiro, Montevideo und Buenos Aires verkehrt und regelmäßig zur Beförderung der Briefposten nach Brasilien und den La-Plata-Staaten benutzt wurde, fährt am 2. Mai nach New York. Nach einem früheren Plan sollte er am 18. Mai wieder nach Südamerika von Genua auslaufen. Zahlreiche, in letzter Zeit auskommene Briefposten, die nach dem Verweilen der Absender mit dem genannten Dampfer nach Südamerika Beförderung erhalten sollten, sind mit anderen nach Rio de Janeiro und Buenos Aires fahrenden Schiffen weitergeleitet worden.

Wegen die Besichtigung des Schulernsprechers hat sich jetzt auch der Bezirksanwaltschaft des Bezirks Tempelhof in seiner letzten Sitzung ausgesprochen. Es wurde betont, daß diese Maßnahme keine Verhöhnung, sondern eine Verleumdung und Erschwerung des Geschäftsantrages bedeute, weil die Leiter der höheren Lehranstalten unter sich und mit dem Bezirksamt den schriftlichen Weg benutzen müßten. Das Bezirksamt wurde ermahnt, beim Magistrat gegen die Besichtigung des Fernsprechers für die Leiter der höheren Schulen mit Entschiedenheit vorzugehen.

Kirchenbrand. Auf eigenartige Weise entstand gestern morgen im Turm der Georgenkirche ein Brand. Durch Verschleppen eines Dreimotors Angen Solatelle zu brennen an. Schönschlag der Feuerwehr beseitigten in einer Stunde die aröche Gefahr. Es ist ein erheblicher Sachschaden entstanden.

Selbstmorde zu Pissalien. Aus der Spree wurde vorgestern die Leiche des Kaufmanns F. aus der Montefiorestraße gefischt. Bei ihm wurden verschiedene Briefe gefunden, in denen er angab, daß er Selbstmord beabsichtigt werde. Das Motiv ist unbekannt. Die Leiche wurde zum Leichenhaus gebracht. Am Morgen 52 im Grünwald landen Ausflüster einen etwa 35 Jahre alten Mann an einem Baum aufgehängt vor. Der benachrichtigte Polizei war es glück, noch nicht möglich, die Persönlichkeit des Toten festzustellen. Die Leiche ist beschlagnahmt.

